

# Verein für Sport und Schreibkram

**Studie** Bürokratie belastet das Ehrenamt erheblich. Die Politik hat nun eine Anleitung, wie man sie eindämmt. *Arnold Rieger*

STUTTGART. Körperschaftsteuererklärung Vordruck KSt 1“ steht auf dem Formular, das Bernd Rau auf seinem PC aufruft. Der geschäftsführende Vorsitzende des TSV Ettlingen wischt sich über die Stirn und sagt: „Jetzt geht es wieder los.“ Alle drei Jahre muss er für seinen mittelgroßen Verein die Gemeinnützigkeit nachweisen und dazu Dokumente vorlegen. Vermögensaufstellung, Tätigkeitsberichte, Satzung – das und noch mehr will das Finanzamt haben. „Bei meiner privaten Steuererklärung reicht es, wenn ich solche Belege einfach bereithalte, warum reicht das nicht auch für kleine Vereine?“, fragt Rau.

In der Regel sind solche Klagen in den Wind gesprochen. Doch seit kurzem finden Vereine Gehör: Der Normenkontrollrat, ein Expertengremium unter Leitung der früheren Spitzenbeamtin Gisela Meister-Scheufelen, hat erstmals die Bürokratiebelastung im Ehrenamt systematisch unter die Lupe genommen. Mit Hilfe der Unternehmensberatung Prognos wurden 1900 Vereine befragt. Außerdem gab es vier Arbeitskreise – einer davon in Ettlingen, an dem auch TSV-Chef Rau teilnahm.

„Die Vereine und Ehrenamtlichen haben berichtet, dass die Bürokratiebelastung nach dem allgemeinen Nachwuchsproblem bereits an zweiter Stelle der Ursachen steht, warum sie Schwierigkeiten bei der Gewinnung von ehrenamtlichem Engagement haben“, sagt Meister-Scheufelen. 6,5 Stunden hat demnach ein typischer Verein jede Woche im Schnitt mit Bürokratie zu tun. Die Hauptbelastung liegt im Datenschutz- und Steuerrecht sowie bei den Auflagen bei der Genehmigung von Festen.

Das größte Problem seien aber gar nicht die Paragraphen, sagt Meister-Scheufelen: „Bürokratie findet vor allem im Verwaltungsvollzug statt.“ Und dafür sei nicht der Bundesgesetzgeber, sondern die Behörde vor Ort verantwortlich. Der Grad der Belastung hängt also auch davon ab, wie Rathäuser und Landratsämter das Recht vollziehen.

Damit dieser Erkenntnisgewinn Früchte trägt, hat die Runde 49 Vorschläge formuliert. Sie zielen einerseits auf konkrete Änderungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht. So soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass für Vereine bei der Gemeinnützigkeitsprüfung die ausnahmslose Pflicht zur „Belegvorlage“ entfällt und lediglich eine „Belegvorhaltepflcht“ gilt. Der Normenkontrollrat fordert aber auch eine Erhöhung der Übungsleiter- und der Ehrenamtpauschale. Außerdem empfiehlt er die Ernennung eines Ehrenamtsbeauftragten, damit die Vereine einen festen Ansprechpartner haben. CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhart hat dafür bereits Unterstützung zugesagt: „Ein solcher institutionalisierter Ansprechpartner kann wesentlich zur Attraktivität der Freiwilligenarbeit beitragen“, sagt Reinhart.

Weitere Vorschläge: Eine zentrale Homepage könnte Informationen zu Vorschriften und Förderprogrammen in verständlicher Sprache abrufbar machen. „Es mangelt ja nicht an Handreichungen etwa zur Datenschutzgrundverordnung“, sagt Meister Scheufelen, „aber um die zu verstehen, brauchen Sie eigentlich ein Jura-Studium.“ Die Runde (darunter die früheren

Spitzenbeamten Bernhard Bauer und Rudolf Böhmler, die Finanzwissenschaftlerin Gisela Färber, der ehemalige Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart, Claus Munkwitz, sowie die Freiburger Bürgermeisterin Gerda Stuchlik) hat ihren Bericht kürzlich Ministerpräsident Winfried Kretschmann übergeben: „Nun ist die Landesregierung am Zug.“

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.

Verein für Sport und Schreibkram, Stuttgarter Zeitung, 21.12.2019